

260

Methodenmix hilft beim Finden und Auswählen von sozialen Indikatoren

Anmerkungen zur Methodik des Projektes
„Gut leben in Deutschland“

Gert G. Wagner

Oktober 2016

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die *RatSWD Working Papers* Reihe startete Ende 2007. Seit 2009 werden in dieser Publikationsreihe nur noch konzeptionelle und historische Arbeiten, die sich mit der Gestaltung der statistischen Infrastruktur und der Forschungsinfrastruktur in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften beschäftigen, publiziert. Dies sind insbesondere Papiere zur Gestaltung der Amtlichen Statistik, der Ressortforschung und der akademisch getragenen Forschungsinfrastruktur sowie Beiträge, die Arbeit des RatSWD selbst betreffend. Auch Papiere, die sich auf die oben genannten Bereiche außerhalb Deutschlands und auf supranationale Aspekte beziehen, sind besonders willkommen.

RatSWD Working Papers sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen. Die *RatSWD Working Papers* können nicht über den Buchhandel, sondern nur online über den RatSWD bezogen werden.

Um nicht deutsch sprechenden Nutzer/innen die Arbeit mit der Reihe zu erleichtern, sind auf den englischen Internetseiten der *RatSWD Working Papers* nur die englischsprachigen Papers zu finden, auf den deutschen Seiten werden alle Nummern der Reihe chronologisch geordnet aufgelistet.

Einige ursprünglich in der *RatSWD Working Papers* Reihe erschienenen empirischen Forschungsarbeiten sind ab 2009 in der RatSWD Research Notes Reihe zu finden.

Die Inhalte der *RatSWD Working Papers* stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autor/innen dar und nicht die des RatSWD. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die Publikationen nicht beeinflusst.

Herausgeber der RatSWD Working Paper Series:

Vorsitzender des RatSWD

(seit 2014 Regina T. Riphahn; 2009-2014 Gert G. Wagner; 2007-2008 Heike Solga)

**Methodenmix hilft beim Finden und Auswählen
von sozialen Indikatoren
Anmerkungen zur Methodik des Projektes
„Gut leben in Deutschland“ ***

von Gert G. Wagner

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
Max Planck Institut für Bildungsforschung und Technische Universität Berlin

Berlin, Oktober 2016

doi: [10.17620/02671.16](https://doi.org/10.17620/02671.16)

* Eine etwas kürzere und weniger aktuelle Fassung dieses Beitrags ist unter dem Titel „Zur Rolle von bevölkerungsweiten Surveys und Bürgerdialogen für die Auswahl sozialer Indikatoren“ erschienen, in: Die Bundesregierung, Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats „Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland“, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 2016, S. 44-59: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/22776672> .

Dieser Beitrag entstand im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung des Regierungsprojektes „Gut leben in Deutschland“, das von 2014 bis 2016 lief und das vorläufig mit einem Bericht der Bundesregierung zur „Lebensqualität in Deutschland“ abgeschlossen wurde (Bundesregierung 2016a, b). Der vorliegende Beitrag schließt (vorläufig?) eine Reihe von Papieren in der Working Paper-Reihe des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten ab, die sich mit Indikatoren zur Messung und Diskussion der Lebensqualität beschäftigt haben (vgl. zuletzt Jochimsen und Raffer 2014, Sachverständigenrat 2013, Tiemann und Wagner 2013b, Dullien und van Treeck 2012, sowie van Suntum 2012).

Im folgenden Beitrag geht es um ein wichtiges Detail des Regierungsberichtes zur Lebensqualität, nämlich um das finden und auswählen von konkreten Indikatoren, die die Lebensqualität in Deutschland beschreiben. Dabei wird sich (im Grunde wenig überraschend) zeigen, dass zwar der Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern wie Politikerinnen und Politikern gut verständlich ist, die Lebenswirklichkeit differenzierter zu beschreiben als dies mit Hilfe einer einzigen Maßzahl, etwa dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), möglich ist. Aber umso schwerer ist es die (sozialen) Indikatoren tatsächlich konkret auszuwählen, die für eine differenzierte (oder gar umfassende) Beschreibung der relevanten Wirklichkeit notwendig sind.

Nach einigen wenigen grundsätzlichen Überlegungen in Abschnitt 1 werden in Abschnitt 2 verschiedene Methoden zur „Relevanzermittlung“ kurz vorgestellt. In den Abschnitten 3 und 4 werden verschiedene Formen der Relevanzermittlung auf Deutschland angewendet und die Ergebnisse werden dargestellt. Abschnitt 5 zieht schließlich Schlussfolgerungen für das Projekt „Gut leben in Deutschland“ und darüber hinaus.

1 Grundsätzliche Überlegungen

Es ist unschwer einsichtig, dass für die Auswahl statistischer Messkonzepte und die Umsetzung der Konzepte in statistische Erhebungen Fachkenntnisse und das fachliche Urteil von Fachleuten sinnvoll sind. Es würde wenig Sinn machen, etwa zur Operationalisierung und Erhebung des Konzepts „Einkommen“ auf die

Sachkenntnisse von Ökonomen, Soziologen und Statistikern zu verzichten. Je nach Konzept, das man messen will, sollten neben Statistikern die sachlich zuständigen Fachdisziplinen mit herangezogen werden. Etwa Psychologie und Umweltwissenschaften für die statistische Messung von „Lebenszufriedenheit“ und „Umweltbelastung“. Ob allerdings das Urteil von Fachleuten ebenso sinnvoll und sogar unverzichtbar ist, wenn es um die Auswahl der mit Hilfe von Indikatoren beschriebenen Lebens- und Sachbereichen geht, ist keineswegs klar oder gar offensichtlich. Denn warum sollen Fachleute stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger eines Landes auswählen und bestimmen, welche Dimensionen des Lebens, der Gesellschaft und der Natur wichtig sind und mit Hilfe von Indikatoren dargestellt werden sollten.

In einer Demokratie entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, vertreten durch gewählte Parlamentarier, was wichtig ist. Fachleuten gefällt dies nicht immer, es ist aber trotzdem richtig. Denn niemand käme auf die Idee, die Wünsche und Ziele von Fachleuten über die der Bürgerinnen und Bürger zu stellen (außer einige Fachleute selbst). Es mag zwar sein, dass der „Volkswille“ nicht immer auf allen Informationen beruht, die prinzipiell vorhanden sind und die von Fachleuten hergestellt und verwaltet werden. Trotzdem kann dies nicht dazu führen, dass Fachleute anstelle der Bürgerinnen und Bürger über gesellschaftliche Ziele entscheiden. Denn Fachleute repräsentieren ja keineswegs die Pluralität der Wünsche und Ziele in einer Gesellschaft (vgl. auch Wagner 2015). Gleichwohl: am Ende dieses Beitrags wird sich zeigen, dass an der Schnittstelle von Fachwissen und Volkswillen den Parlamenten eine unverzichtbare Bedeutung zukommt.

2 Methoden der Relevanzermittlung

In der Sozialindikatoren-Forschung hat es Tradition, dass Experten die Indikatoren auswählen, die gemessen werden und deren Entwicklung dargestellt wird (vgl. z. B. Schupp 2015). Darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden, da es im Rahmen des Regierungsberichtes von Noll (2016) ausführlich erläutert wird.

Es gibt im Wesentlichen zwei Methoden um – unabhängig von demokratischen Wahlen – auf wissenschaftlicher Basis die Relevanz verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zu ermitteln.

- Zum einen können repräsentative Survey-Erhebungen¹ durchgeführt werden, die nach der Bedeutung einzelner Politikfelder fragen. Dies kann wiederum direkt erfolgen. Oder die Relevanz wird indirekt ermittelt, indem etwa nach Sorgen und Zufriedenheiten mit der aktuellen Situation gefragt wird. Beiden Methoden liegen bislang üblicherweise Listen von Feldern, Sorgen oder Zufriedenheiten zugrunde. Die Elemente der Listen werden dann von Befragten quantitativ bewertet (etwa durch ankreuzen von „keine“, „einige“ oder „viel“ Sorgen). Die zentrale Beschränkung der Aussagekraft aller derartigen Erhebungen liegt in der von Experten vorgegebenen Liste der zu bewertenden Lebensbereiche.
- Zum zweiten können in mehr oder weniger diskursiven Formaten wichtige Lebensbereiche und Lebensqualität „qualitativ“ ermittelt werden. D.h. dass keine Antwortlisten vorgelegt werden, die dann in quantitativ auswertbarer Weise bewertet werden, sondern dass die Beteiligten im wahrsten Sinne des Wortes „Klartext reden“. Diese Methode wird zum Beispiel bei den Bürgerdialogen wie dem in Jacksonville (USA) und dem „Forum für Frankfurt“ benutzt, die Bergheim (2016) vorstellt Diese Methode wurde auch bei beiden Antwortformaten im Projekt „Gut leben in Deutschland“ benutzt: zum einen bei den 203 Bürgerdialogen und bei schriftlichen Erhebungen via Internet und Postkarten.

In den nachfolgenden Abschnitten 3 und 4 werden beide Methoden exemplarisch angewendet.² Wobei beide Methoden Survey-gestützt erfolgen. D.h. insbesondere dass Klartexte nicht via Internet oder in Bürgerdialogen erfragt wurden, sondern im Rahmen eines großen repräsentativen Surveys. Basis der Auswertungen ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine seit 1984 in Westdeutschland (und seit Juni 1990 in Ostdeutschland) laufende bevölkerungsrepräsentative Erhebung, die unter dem Dach der Leibniz Gemeinschaft am DIW Berlin angesiedelt ist und deren Feldarbeit durch TNS Infratest Sozialforschung (München) durchgeführt wird.³

¹ Für Deutschland seien beispielhaft genannt ALLBUS und das SOEP (vgl. Fußnote 5), wobei letztere Erhebung in diesem Beitrag benutzt wird.

² Dank an Martin Brümmer, Marco Giesselmann, Axel Glemser, Richard Hilmer, Julia Rohrer, Jürgen Schupp und Nico A. Siegel.

³ Vgl. Wagner et al. (2008); www.leibniz-soep.de.

SOEP-Daten liegen den Abschnitten 3.1, 3.2. und 4.2 zugrunde. Abschnitt 4.1 beruht auf einer mit dem SOEP vergleichbaren Sondererhebung, die von Infratest Sozialforschung und Infratest Dimap durchgeführt wurde.

Theoretisch hätte es der Fall sein können, dass die beiden Erhebungswege des Projektes „Gut leben in Deutschland“ (Bürgerdialoge und Internet-Erhebung) andere Ergebnisse erbringen hätten können als die repräsentative Erhebung von Klartexten im Rahmen des SOEP. Dies ist aber – wie in Abschnitt 4.2 gezeigt wird – faktisch nicht der Fall und die voll vergleichbaren Ergebnisse der verschiedenen Klartext-Methoden unterstreichen die solide Aussagekraft des Projektes „Gut leben in Deutschland“, das deutlich mehr in die Tiefe geht als dies mit der Klartext-Erhebung im Rahmen des SOEP möglich war. D.h., dass die repräsentative SOEP-Klartext-Erhebung die Bürgerdialoge und die schriftlichen Erhebungen im Rahmen des Regierungsprojektes keineswegs ersetzen hätte können. Denn – dies war vorab bereits aus ähnlichen Erhebungen bekannt – eine repräsentative Erhebung von Texten im Rahmen eines konventionellen Surveys liefert als Antworten ganz überwiegend nur „Stichworte“, jedoch keine längeren Texte, die die Antwort in einen größeren (Begründungs)Zusammenhang stellen.

Man kann dies auf den Punkt bringen: Die Text-Antworten auf die beiden Leitfragestellungen des Projektes „Gut leben in Deutschland“ in der SOEP-Erhebung sind von der Länge her (im Durchschnitt sind es sechs Worte) mit den Überschriften vergleichbar, die von den Bürgerinnen und Bürgern für die Beantwortung via Internet formuliert wurden. Sowohl die vom Regierungsprojekt erhobenen Texte⁴ als insbesondere auch die Bürgerdialoge, die ausdrücklich diskursive Elemente enthielten, haben weit mehr in die Tiefe gehende Texte erzeugt als dies bei der repräsentativen Erhebungen von Stichworten der Fall sein konnte und der Fall war.

⁴ Im Durchschnitt im Internet etwa 600 Zeichen und auf Postkarten gut 70 Zeichen, im Vergleich zum SOEP mit 38 Zeichen).

3 Indirekte Relevanzindikatoren: Zeitreihen zu Sorgen und Lebensqualität

In diesem Abschnitt werden Ergebnisse zu standardisiert repräsentativ erhobenen Sorgen und Zufriedenheiten in verschiedenen Lebensbereichen dargestellt.⁵ Damit soll indirekt darauf geschlossen werden, was den Menschen in Deutschland aktuell wichtig ist bzw. in den Jahren bis 2014 wichtig war. Entweder weil es Sorgen bereitet oder weil die Zufriedenheit niedrig war. In der Empirie nicht enthalten sind Auswirkungen des vermehrten Kommens geflüchteter Menschen seit der Jahresmitte 2015 (vgl. dazu Eisenecker und Schupp 2016, Gerhards et al. 2016).

3.1 Sorgen

Mit dem SOEP wird seit 1984 das Ausmaß von knapp einem Dutzend Sorgen um private wie öffentliche Lebensbereiche erfragt. So werden der Grad der Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene wirtschaftliche Situation, den Erhalt des Arbeitsplatzes, Umwelt, Kriminalität, Ausländerfeindlichkeit und Frieden mit Hilfe einer Skala mit drei Ausprägungen erhoben (große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen).

Die Ergebnisse werden als Zeitreihen für Ost- und Westdeutschland getrennt dargestellt. Die Entwicklung der großen Sorgen (Abbildung 1) verläuft ähnlich heterogen wie die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen, auf die im Abschnitt 3.2 eingegangen wird. Um die eigene wirtschaftliche Situation und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sind die Ostdeutschen in den letzten 25 Jahren immer stärker besorgt gewesen als ihre westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und insgesamt verlaufen die Veränderungen der Sorgen in Ost- und Westdeutschland sehr gleichförmig. Leicht zu erkennen ist dies am Verlauf der Sorge um den Weltfrieden; nach der Wende ist zunächst ein Rückgang dieser Sorge zu verzeichnen. Dieser Trend wird durch die Terrorattacke im Jahr 2001 abrupt unterbrochen, die Sorge um den Weltfrieden stieg in den zwei darauffolgenden Jahren in ganz Deutschland. Anschließend nahm die Sorge um den Weltfrieden langsam wieder ein niedrigeres Niveau an.

⁵ Die Abschnitte 3.1 und 3.2 sind weitgehend Priem et al. (2015) entnommen.

Ebenfalls gleichförmig verlaufen die Sorgen bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Kurz nach der Wende war diese in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern, doch mit jeder konjunkturellen Schwächephase schnellten beide Sorgenverläufe nach oben und glichen sich an. Interessant ist, dass die Sorge der Ostdeutschen zwar in etwa so stark steigt wie die der Westdeutschen, Ostdeutsche in konjunkturellen Hochphasen jedoch stets ein höheres Maß an „Restsorgen“ behalten.

Ebenso war die Sorge um die Kriminalität⁶ Mitte der 1990er Jahre in Ostdeutschland zunächst weit stärker ausgeprägt als in Westdeutschland; sie ist im weiteren Verlauf sukzessive gesunken – im Osten stärker als im Westen – und weist inzwischen ein niedriges Niveau auf. Außerdem gesunken ist der Grad der Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit und um die Umwelt, die in den 1990ern noch über der Hälfte der Bevölkerung und im Jahr 2013 nur knapp 20 Prozent große Sorgen bereiteten. Die langjährigen Schwankungen dieser drei Sorgenbereiche lassen keinen deutlichen Ost-West-Unterschied erkennen.

Die Sorge um (zu viel) Zuwanderung wird erst seit 1998 erhoben. Man erkennt seitdem einen deutlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation: Wenn diese schlecht ist, sind auch die Sorgen um Zuwanderung hoch. Entsprechend sind diese Sorgen in Ostdeutschland permanent höher als in Westdeutschland. Die Differenz ist freilich minimal. Nicht mit der wirtschaftlichen Situation ist der Anstieg der Sorgen um die Zuwanderung in den letzten Jahren zu erklären. Plausibler sind Befürchtungen, die in Folge der EU-Osterweiterung sowie der Freizügigkeit südosteuropäischer Staaten eintraten.

Insgesamt haben – gemessen an einem überdurchschnittlichen Ausmaß an „großen Sorgen“ – im letzten Erhebungsjahr 2014, die Bereiche Frieden, Zuwanderung und Kriminalität eine große Wichtigkeit. Entsprechend der guten konjunkturellen Lage ist

⁶ Es sei hier darauf hingewiesen, dass die Operationalisierung der Sorgen im SOEP auf einer im Detail anderen Frage und anderen Antwortmöglichkeiten beruht als bei dem für den von der Bundesregierung vorgelegten Indikatoren-Katalog (vgl. den Indikator affektive Kriminalitätsfurcht im Regierungsbericht, Bundesregierung 2016a, S. 104ff). Dieser Hinweis verdeutlicht auch beispielhaft, dass es bei der Operationalisierung von Indikatoren oft sehr auf Details ankommt. Die empirischen Ergebnisse von auf den ersten Blick ähnlichen Indikatoren können nahezu unvergleichbar sein.

aktuell die Wichtigkeit der eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Situation, gemessen an wenigen Sorgen, gering ausgeprägt.

3.2 Lebenszufriedenheiten

Eine methodische Anmerkung ist hier wichtig. Seit dem Beginn der ersten Befragungswelle des SOEP im Jahr 1984 lautet die Frage nach der Lebenszufriedenheit im Allgemeinen (und die nach Bereichszufriedenheiten analog): „Wie zufrieden sind sie gegenwärtig, alles in allem, mit ihrem Leben?“ Die Antwort nach der allgemeinen gegenwärtigen Lebenszufriedenheit wird anhand einer 11-stufigen Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben. Zusätzlich werden mit dieser Skala Bereichszufriedenheiten, zum Beispiel die Zufriedenheit mit Lebensstandard, Haushaltseinkommen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit und Wohnen erfragt. Es ist bekannt und hochplausibel, dass Befragte sich bei den Antworten nicht an einem „absoluten Nullpunkt“ orientieren, sondern an dem was zum Befragungszeitpunkt gewissermaßen maximal oder durchschnittlich möglich ist. Das heißt, dass eine Zeitreihe der so ermittelten Zufriedenheiten keine Aussage über das absolute Wohlstandsniveau und wie es sich im Laufe der Zeit verändert darstellt. Eine Zeitreihe stellt lediglich die Entwicklung der Verteilung der jeweiligen Zufriedenheiten dar. Wird die Verteilung als Durchschnitt der Antworten dargestellt, zeigt ein höherer (niedrigerer) Durchschnitt an, ob mehr (weniger) Menschen zum Befragungszeitpunkt zufrieden sind.

Die Darstellung⁷ der allgemeinen Lebenszufriedenheit (Abbildung 2) zeigt, dass unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991, als bereits die damit

⁷ Betrachtet man den zeitlichen Verlauf der durchschnittlichen allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland, muss berücksichtigt werden, dass die erfragte Lebenszufriedenheit stärker vom Kontext der Befragungssituation, sogenannten Befragungsartefakten, abhängt als die Messung „objektiver Informationen“ wie zum Beispiel des Bildungsniveaus. Zu den möglichen Befragungsartefakten zählen zum Beispiel die Jahreszeit der Befragung oder wie häufig eine Person schon an der SOEP-Studie teilgenommen hat. Zudem kann beobachtet werden, dass Personen bei der erstmaligen Teilnahme am SOEP und Beantwortung der Befragung stärker als beim zweiten und weiteren Interview dazu tendieren, den Extremwert zehn („ganz und gar zufrieden“) anzugeben. Wenn Menschen also sehr lange an einer Wiederholungsbefragung wie dem SOEP teilnehmen, geben sie im Durchschnitt kleinere Zufriedenheitswerte an. Dieser Gewöhnungseffekt wirkt sich zwar von Jahr zu Jahr nur minimal aus, summiert sich aber, wenn Befragte wie im SOEP teilweise schon über 30 Jahre teilnehmen. Insbesondere dann, wenn winzige Unterschiede von Nachkommastellen durchschnittlicher Zufriedenheiten interpretiert werden (was alleine aufgrund des Zufallsfehlers von Stichproben problematisch ist, aber oft geschieht), ist diese Korrektur wichtig. Um diesen Effekt in der deskriptiven Analyse der Lebenszufriedenheitsverläufe in Ost- und Westdeutschland zu

verbundenen Probleme vor allem am Arbeitsmarkt erkennbar wurden, die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich niedriger war als in Westdeutschland. Die Angleichung der Lebenszufriedenheit verlief dann während der 1990er Jahren durchaus zügig, um dann in den letzten 15 Jahren immer langsamer voranzuschreiten. In Deutschland befindet sich im Jahr 2014 die mit dem SOEP seit 1984 gemessene Lebenszufriedenheit auf einem Allzeithoch (was auch 2015 so blieb, wie inzwischen bekannt ist); in Westdeutschland hat man das Zufriedenheitsniveau von 1984 erreicht, und in Ostdeutschland wurden noch nie so hohe Werte der allgemeinen Lebenszufriedenheit gemessen. Der Ost-West-Unterschied ist 2014 nach wie vor erkennbar und – obwohl er nicht groß erscheint – statistisch signifikant.⁸

Auch ein Blick auf die Verläufe der Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen verdeutlicht, dass der Angleichungsprozess der Lebensverhältnisse nicht in allen Lebensbereichen in gleicher Weise verläuft und der Angleichungsprozess zwischen Ost und West noch nicht abgeschlossen ist. Die Zufriedenheiten mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard in Ostdeutschland konnten in den letzten 25 Jahren noch nicht das westdeutsche Niveau erreichen, obwohl sich die Abstände, ähnlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit, in den letzten Jahren kontinuierlich verringert haben. Dass sich ein Trend ändern kann, zeigt das Beispiel der Zufriedenheit mit der Arbeit. Bis vor sechs Jahren waren Ostdeutsche unzufriedener mit der Arbeit. Inzwischen näherten sich die Mittelwerte so sehr an,

berücksichtigen, wurden in diesem Bericht die mittleren allgemeinen Lebenszufriedenheiten mit Hilfe einer in der SOEP-Gruppe am DIW Berlin entwickelten Methode korrigiert. Dabei werden in einer Regressionsschätzung eine Vielzahl potenzieller Messartefakte quantifiziert und anschließend jedem Befragungsdatenpunkt so zugewiesen, als hätten die Personen die Frage zum ersten Mal, im Mai eines Jahres und in einem Interview mit „Papier und Bleistift“ beantwortet.

⁸ Ob es sich dabei um strukturelle Unterschiede handelt, die auch in Westdeutschland in bestimmten Regionen zu höherer Unzufriedenheit führen (insbesondere infolge von Arbeitslosigkeit) oder diese Differenz auf soziodemografische Merkmale, wie Alter, Familienstand oder Haushaltstyp, zurückzuführen sind, oder ob es einen nicht näher identifizierbaren „Ost-Effekt“ gibt, wurde mit Hilfe multivariater Regressionsanalysen untersucht (vgl. Priem und Schupp 2014, S. 1007). Dabei wird als abhängige Variable das jeweilige Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit für soziodemografischen Kovariate sowie für mehrere Perioden errechnet. Darüber hinaus wurde der jeweilige Wohnort in Ost- oder Westdeutschland berücksichtigt, so dass der entsprechende „Ost-West-Indikator“ als verbleibendes Ausmaß an nicht näher erklärbarer Ost-West-Divergenz interpretiert werden kann. Im Jahr 1992, kurz nach der Wende, gab es einen negativen mittleren Effekt von fast einem Punkt auf der 11-stufigen Lebenszufriedenheitsskala, wenn die befragte Person in den neuen Bundesländern lebte. Zehn Jahre später, im Jahr 2002, hatte sich dieser Effekt halbiert. Im Jahr 2013 betrug dieser negative Netto-Effekt nur noch 0,14 Punkte. Trotz dieses Trends zur Angleichung, indiziert der signifikante Ost-Effekt, dass der Angleichungsprozess bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit noch immer nicht abgeschlossen ist.

dass sie seit dem Jahr 2009 nicht mehr statistisch voneinander unterscheidbar sind. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass nur Erwerbstätigen die Frage nach der Arbeitszufriedenheit vorgelegt werden kann (nicht jedoch Arbeitslosen).

Voll angeglichen haben sich die Bereichszufriedenheit mit der Wohnung, der Haushaltsarbeit und der Freizeit. Ihr Verlauf ähnelt zunächst dem der allgemeinen Lebenszufriedenheit, doch spätestens ab 2005 schließt sich die „Ost-West-Lücke“ endgültig, da sich die Wohnstandards und Freizeitmöglichkeiten angeglichen haben. Die Zufriedenheit mit Betreuungsmöglichkeiten für Vorschulkinder war und ist seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, jedoch sind auch hier die Unterschiede in den letzten Jahren nicht länger statistisch signifikant. Umgekehrt verläuft die Zufriedenheit mit der Gesundheit: Sie lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in Ost und West gleichauf, ist aber seither in Ostdeutschland etwas gesunken. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Lebenserwartung in Ostdeutschland gestiegen ist. Dies bedeutet freilich auch, dass kranke und pflegebedürftige alte Menschen jetzt zwar länger leben als in der DDR, aber aufgrund ihres höheren Alters mit ihrer Gesundheit nicht zufrieden sind.

Bewertet man nun die Ergebnisse im Hinblick auf die Bedeutung von Lebensbereichen, so sind die Bereiche mit unterdurchschnittlicher Zufriedenheit von besonderem Interesse; diese sind im Jahr 2014 die Gesundheit sowie das persönliche Einkommen und das Haushaltseinkommen.

4 Direkte Relevanzermittlung

4.1 Konventioneller Survey

Im Anschluss an die Auswahl der „W3-Indikatoren“ durch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ (vgl. Enquete-Kommission 2013, Wagner 2013 und Schmidt 2016) haben das DIW Berlin und TNS Infratest gemeinsam eine repräsentative Erhebung durchgeführt, um die Bedeutung (Relevanz) der ausgewählten Indikatoren in der deutschen Bevölkerung empirisch zu erheben. Die Ergebnisse (vgl. Giesselmann et al. 2013) werden hier ganz knapp dargestellt.

In der von TNS Infratest am 28. und 29. Januar 2013 durchgeführten repräsentativen Telefonumfrage hatten 1.012 Befragte für jeden der zehn von der Enquete-Mehrheit ausgewählten Indikatoren eine Differenzierung des Grades der Wichtigkeit vorgenommen, die von null („gar nicht wichtig“) bis zehn („sehr wichtig“) reicht. Gefragt wurde:

„Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

1. das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland
2. die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen
3. die Staatsverschuldung
4. dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben
5. dass die Lebenserwartung der Menschen weiter zunimmt
6. dass mehr Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss haben
7. dass Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben
8. dass der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen, die wir produzieren, reduziert wird
9. dass der schädliche Stickstoffüberschuss, den wir produzieren, abgebaut wird
10. dass das Artensterben gestoppt und die Vielfalt der Arten erhalten wird.

Das wichtigste Ergebnis der repräsentativen Befragung lautet (vgl. Tabelle 1)⁹: Der Aussage, dass Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben sollen, wird mit einem Durchschnittswert (arithmetisches Mittel) von 9,4 die größte Bedeutung beigemessen. Dies ist ein gegenüber allen anderen Bereichen statistisch signifikant höherer Durchschnittswert, der über alle Altersgruppen und parteipolitischen Neigungen hinweg zu beobachten ist. Lediglich die Bedeutung der Aussage, dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben sollen, erreicht einen ähnlich hohen Durchschnittswert von 9,2. Diese beiden Bereiche sind damit die mit Abstand bedeutendsten (was auch die Verteilung der Antworten auf die niedrigen, mittleren und höheren Wertebereiche der Antworten zeigt; vgl. Tabelle 1, unten).

⁹ Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind gering; vgl. dazu Giesselmann et al. (2013).

Die Bewertungen zum Grad der Wichtigkeit der zehn Bereiche gehen auseinander, die Angaben der Befragten streuen also deutlich. Zwar geben in allen Dimensionen nur wenige Personen die niedrigsten Werte zwischen null und fünf an; aber die Antworten verteilen sich meist breit auf die Spanne von sechs bis zehn.

Überraschenderweise erzielt eine weitere Zunahme der Lebenserwartung mit einem Durchschnitt von 6,6 mit Abstand die niedrigste Bedeutung (der Median liegt nur bei einem Wert von sieben). Hier zeigt sich möglicherweise, dass die Menschen zusätzliche Lebensjahre heutzutage oft mit Krankheit und Leid verbinden. Das Durchschnittseinkommen – als Indikator für das Bruttoinlandsprodukt – liegt mit einem durchschnittlichen Wert von 7,4 fast am Ende der Bedeutsamkeitsskala. Auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird als Thema weniger wichtig genommen als Demokratie und Freiheit und genug Arbeit.

Der Mittelwert des Bereichs Ungleichheit der Einkommensverteilung ist mit acht durchschnittlich und entspricht genau dem Median der Verteilung, welcher somit auf dem gleichen Niveau liegt wie der des Pro-Kopf-Einkommens. Nahe am Durchschnitt aller Indikatoren (8,2) liegt mit 8,3 Skalenpunkten die Staatsverschuldung.

Von nur leicht überdurchschnittlicher Bedeutung ist die Forderung, dass Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss erreichen sollen (8,5). Die Median-Angaben für beide Bereiche liegen mit einem Wert von neun aber über den Medianangaben von acht für das Pro-Kopf-Einkommen und die Ungleichheit der Einkommensverteilung.

Ähnlich wie in anderen Untersuchungen zu Politikpräferenzen der Bevölkerung wird den Ökologieindikatoren mit Mittel- und Medianwerten von acht bis neun kein überragendes Gewicht gegeben. Zwar kann die Menschheit bei weiter steigendem Ausstoß von Treibhausgasen und einem gravierenden Stickstoffüberschuss als Art nicht überleben, aber dieses Problem wird erst in einer unbestimmbar fernen Zukunft akut werden und deswegen heute von vielen als nicht vorrangig drängendes Problem angesehen. Die Mittelwerte der Bedeutung liegen für die drei Ökologiebereiche beim Durchschnitt von acht.

Fasst man zusammen, kann man sagen: Das *Pro-Kopf-Einkommen* und damit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hatte in den Augen der Wahlberechtigten im April 2013 in Deutschland keine überragende Bedeutung. Eine Mehrheit der Befragten sah ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht als Bereich, um den sich die Politik mit höchster Priorität kümmern sollte. Im Gegenteil: Das BIP hat im Vergleich zum *Erhalt der Demokratie* und *genug Arbeit* deutlich weniger Priorität. Auch die *(Un)Gleichheit von Einkommen und Vermögen* wird als etwas wichtiger angesehen. Da dies letztlich aber wiederum eng mit einem hohen Niveau des BIP und dessen Wachstum zusammenhängt, können entsprechende gesellschaftliche Wachstums-Diskussionen auch künftig nicht ausbleiben.

Die Relevanz der hier dargestellten Relevanz-Untersuchung ist natürlich dadurch eingeschränkt, dass nur die Relevanz der zehn „W3-Indikatoren“ erhoben wurde. Es ist damit möglich, dass es noch bedeutsamere Lebensbereiche bzw. Zieldimensionen/Indikatoren gibt, die aber nicht für die „W3-Indikatoren“ ausgewählt wurden. Um dieses (potentielle) Problem empirisch auf repräsentativer Basis zu beleuchten, wurden in der 2015er-Erhebung des SOEP die beiden Leitfragen des Bürgerdialogs gestellt. Und die Antworten erfolgten als Klartextangaben, also ohne jede klassifizierende Vorgabe.

4.2 Klartext in einem Survey (SOEP)

Mit den in den letzten Jahren besser gewordenen Möglichkeiten der automatisierten Analyse von Texten, wie sie auch für „Gut leben in Deutschland“ eingesetzt wurden, lohnt es sich auch, in Surveys Fragen zu stellen, die nicht quantitativ-standardisiert, sondern mit Klartexten beantwortet werden. Deswegen wurden im Jahr 2015 die beiden Leitfragen des Projektes „Gut leben in Deutschland“ zum Abschluss der SOEP-Erhebung allen denjenigen SOEP-Befragten gestellt wurde, die computergestützt an der Befragung teilnahmen (etwa 71 Prozent aller Befragten¹⁰). Diese 19.352 Befragten beruhen auf einer repräsentativen Stichprobe für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung in Deutschland. Die SOEP-Befragten

¹⁰Diese Befragte sind eine nahezu unverzerrte Zufallsauswahl aus allen Befragten, da die Entscheidung über die Befragungsmethoden CAPI und CAWI bei TNS Infratest und nicht bei den Befragten liegt.

beantworteten im Rahmen eines Computer Assisted Personal Interviews (CAPI) oder einer Beantwortung via Internet (CAWI) die zwei Leitfragen des Bürgerdialogs der Bundesregierung: „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ sowie „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“

18.808 Befragte (97%) beantworteten die Frage nach der Wichtigkeit und 16544 Befragte (85%) beantworteten die Frage nach der Lebensqualität. Dabei muss man vermuten, dass ein Teil derer, die keine Antwort zur Lebensqualität gaben, nicht einfach nur keine Antwort geben wollten („Antwortverweigerung“), sondern damit zum Ausdruck bringen wollten, dass die Lebensqualität in Deutschland nicht stimmt.

Auf eine weitere Möglichkeit der Verbindung eines Längsschnitts-Surveys wie dem SOEP mit qualitativen Erhebungsformen soll hier nicht näher eingegangen werden, da die Ergebnisse in die Gesamtauswertung der Bürgerdialoge unmittelbar einfließen: ein Subsample von etwa 60 SOEP-Befragten, das zufällig ausgewählt wurde, konnte in einem Bürgerdialog in Berlin persönlich mit Kanzlerin Merkel gewissermaßen Klartext reden. Die Befragten haben ihre Probleme und Wünsche direkt mit der Kanzlerin diskutiert (vgl. Abbildung 3).¹¹

In der SOEP-Erhebung genannt bzw. aufgeschrieben wurden – wie oben bereits kurz angesprochen wurde – meist nur Stichworte (im Mittel 6 Worte). Art und Umfang der Textverarbeitung sind auf die Textart angepasst.¹² Tiefergehende Analysen,

¹¹ Vgl. dazu <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SharedDocs/Blog/DE/05-Mai/2015-05-29-vorbericht-bkin.html>, http://www.diw.de/de/diw_02.c.242802.de/portalseite_befragte.html und zum Beispiel <https://www.youtube.com/watch?v=WAv8B6w2LAE>. Vgl. zu diesem methodischen Ansatz auch Minozzi et al. (2015). Eine ganz besondere Form der Verbindung der quantitativen SOEP-Erhebung mit einem „qualitativen“ Befragungsansatz (durch Journalisten) findet man auf <http://www.zeit.de/feature/wiedervereinigung-deutschland-ost-west-mauerfall>.

¹² Vgl. Rohrer et al. (2016) zur Methodik. Bei den Antworten in der SOEP-Erhebung handelt es sich größtenteils um kurze Satzfragmente, komma-separierte Stichpunkte oder Phrasen weniger Worte. Analysen, die syntaktische Merkmale einbeziehen, sind daher wenig erfolgversprechend. Ebenso wird mittels Machine Learning trainierte Standardsoftware, wie zum Beispiel Wortartenerkennung, nur mit niedriger Präzision arbeiten, da die Texte sich stark vom Trainingsmaterial unterscheiden. Um computergestützte quantitative Analysen der Daten zu ermöglichen, wurden die Texte zunächst in mehreren Schritten aufbereitet. Ziel dieses Prozesses war es, Wörter gleicher Bedeutung auf identische Zeichenketten zu reduzieren, um die inhärente Heterogenität der Sprache zu reduzieren. Hierbei müssen auch Besonderheiten der deutschen Sprache, insbesondere das hohe Maß an Flexion, berücksichtigt werden. Ziel der Textverarbeitung ist, Worte gleicher Bedeutung als gleiche Zeichenketten vorliegen zu haben, um thematische Analysen durchführen zu können. Beispielsweise bezeichnen „politisch“, „Politik“ und „Politiker“ grundlegend unterschiedliche Konzepte, sollen aber in

insbesondere zur Bewertung (Valenz von Begriffen, sind weitgehend überflüssig. Die Valenz (positiv, neutral, negativ) wurde jedoch berücksichtigt, wenn es um kontraintuitive Begriffe wie zum Beispiel „Krieg“ als Antwort auf die Frage nach der Lebensqualität in Deutschland geht. Derartige kontraintuitive Begriffe wurden um ihre Bewertung ergänzt (hier zum Beispiel „kein Krieg“).

Diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind minimal. Die folgenden „Wortwolken“ machen das Ergebnis anschaulich:

Bezüglich der wichtigen Dinge im Leben zeigt Abbildung 4a, dass auf Gesundheit und Familien bezogene Begriffe mit Abstand am häufigsten genannt werden. Aber bereits an vierter Stelle folgt ein gesellschaftlicher Begriff, nämlich „Frieden“ (der etwa in einem Drittel der Fälle im Zusammenhang mit „sozial“ und ebenfalls in etwa einem Drittel der Fälle als internationaler Frieden genannt wird). In den Top 25 werden auch „materielle“ Begriffe wie „Arbeit“ und „Geld“ sowie „finanziell“ genannt, ebenso wie „immaterielle“ Begriffe wie „Zufriedenheit“ und „Harmonie“. Auffällig ist, dass mit Natur- und Umweltschutz zusammenhängende Begriffe nicht häufig genannt werden. Der Begriff „Umwelt“ steht an 59. Stelle; fasst man alle Nennungen, in den die Zeichenfolge „umwelt“ vorkommt (z. B. Umweltschutz) zusammen, dann steht die Umwelt auch nur an 43. Stelle.

Bezüglich der Einschätzung der Lebensqualität in Deutschland steht der Begriff „sicher“ mit Abstand an erster Stelle. Gefolgt von „sozial“ (oftmals als „soziale Sicherung“ genannt). Etwas überraschend mag sein, dass die Begriffe „Frieden“ und „Freiheit“ (sowie „frei“) an dritter und vierter Stelle liegend. Diese Spitzenplätze sind freilich plausibel, wenn man sieht, dass Frieden auch zu den wichtigsten Begriffen

der Analyse in allen Nennungen als das gleiche Wort „Politik“ eingehen. Demzufolge wird eine angepasste Verarbeitungspipeline genutzt, die folgende Komponenten enthält: Tokenisierung der Texte in einzelne Worte und Entfernen von Satzzeichen und Interpunktion; Entfernung von Stoppwörtern, wie Artikeln, Pronomen, Konjunktionen, da sie für die Analyse keinen Aussagegehalt haben, mittels einer Stoppwortliste; automatische Rechtschreibkorrektur zur Fehlerbehebung; Ersetzung häufiger Abkürzungen mittels eines auf die Daten angepassten Wörterbuchs; Umwandeln aller Zeichen in Kleinschreibung, um individuelle Schreibungen anzugleichen und die Vollständigkeit der Reduktion im nächsten Schritt zu vergrößern; Stammformreduktion, um Wortformen gleicher Bedeutung auf identische Zeichenketten zu reduzieren; Expansion der reduzierten Formen auf die entsprechende Wörterbuchform, um eine bessere Lesbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen. Um die Aussagekraft der Auszählung bzw. Wordwolken vergleichbar zu machen, wurde aus dem größeren Westsample eine Zufallsauswahl mit gleicher Stichprobengröße wie für das Ostsample gezogen. Ein Wort wird dargestellt, wenn es mindestens 30 mal im jeweiligen Subsample genannt wird.

bezüglich der Wichtigkeit im Leben zählt. An sechster Stelle liegt „Arbeit“ (was wiederum mit der hohen Wichtigkeit von Arbeit korrespondiert). Wörter, in denen die Zeichenfolge „arbeit“ enthalten ist (z. B. Arbeitsplatz, Arbeitsmöglichkeiten), liegen an dritter Stelle. Auch bei der Bewertung der Lebensqualität ist der Begriff „Umwelt“ nicht in den Spitzenrängen zu finden, sondern er liegt an 57. Stelle (alle Worte mit der Zeichenfolge „umwelt“ kommen auf Platz 36). Das Thema Staatsverschuldung liegt weder bei der Wichtigkeit noch bei der Lebensqualität weit oben.

Bei den Antworten zur persönlichen Wichtigkeit und zur Lebensqualität fällt insgesamt am meisten auf, dass Umwelt- und Naturschutz nur selten genannt werden; Innovationen als ein Motor von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität praktisch gar nicht. Dies dürfte auf die Struktur dieser Prozesse zurückzuführen sein.

Die Erarbeitung von Innovationen ist nicht im Blick der allermeisten Menschen, die die Endprodukte von Innovationen gerne genießen (zum Beispiel das Internet), aber die ggf. mühsame Entstehung nicht erleben. Die Zeichenfolgen „fortschritt“ und „techn“ wurden insgesamt nur etwa 40 mal angegeben, d. h. von etwa 2 Promille der Befragten.

Im Hinblick auf Natur und Umwelt ist anzumerken, dass seit der Wiedervereinigung die Umwelt sauberer wurde (insbesondere in Ostdeutschland im Vergleich zur DDR-Zeit) und langfristige Probleme, wie ein hoher CO₂-Ausstoß, im Alltag nicht spürbar sind. Insofern sind seltene Nennungen nicht verwunderlich. Letzteres gilt auch für Staatsverschuldung, deren Kosten auch nicht unmittelbar spürbar sind (zumal auch bei Fachleuten umstritten ist, inwieweit niedrige Staatsverschuldung sinnvoll ist). Verbraucherschutz wird als konkretes Stichwort praktisch nicht genannt (nur von 3 aus über 15.000 Personen).

Die große Bedeutung des Begriffs „Frieden“ mag analog erklärbar sein. Wir leben zwar in Deutschland seit Jahrzehnten im unmittelbaren äußeren Frieden, aber im Gegensatz zu nicht unmittelbar sichtbaren Umweltproblemen (etwa dem ganz allmählich Anstieg des Meeresspiegels) herrscht immer irgendwo auf der Welt Krieg, und in den letzten Jahren recht nahe in Europa bzw. auf dem Gebiet der ehemaligen

Sowjetunion, in den Medien täglich sichtbar. Mit anderen Worten: Krieg gehört zum Alltag der Menschen und entsprechen wird Frieden wertgeschätzt.

Aus Sicht des gesamten Projektes „Gut leben in Deutschland“ fällt auf, dass die auf Basis SOEP erhobenen Begriffe in ihrer Rangfolge und Bedeutung denen der mit dem Internet/Postkarten/Bürgerdialogen gefundenen Begriffe sehr ähnlich sind (vgl. Bundesregierung 2016a, S. 13/Abbildung 3).

5 Fazit

Das Regierungsprojekt „Gut leben in Deutschland“ und die in diesem Beitrag vorgestellten empirischen Erhebungen machen deutlich, dass es heutzutage gut möglich ist, den „Volkswillen“ bezüglich der Wichtigkeit gesellschaftlicher Ziele und dem Stand der Lebensqualität mit verschiedenen sozialwissenschaftlichen Methoden, also einem Methodenmix sowohl repräsentativ als auch in die Tiefe gehend zu erfassen.

Die Zusammenschau der Ergebnisse verschiedener Ermittlungs-Methoden hat auch gezeigt, dass repräsentative Erhebungen, selbst dann, wenn sie sich qualitativer Methoden bedienen und Texte erfassen (wie das SOEP im Jahr 2015), nicht-repräsentative Erhebungsmethoden keineswegs überflüssig machen. Die Bürgerdialoge gehen weit mehr in die Tiefe – und dies gilt auch für die über das Internet erhobenen langen Texte (auch wenn man deren Aussagekraft in Einzelfällen durchaus kritisch gegenüber stehen kann) im Vergleich zu den im SOEP meist nur angegebenen Stichworten.

Ein Detail des Regierungsprojektes macht den Unterschied des Erkenntniswertes repräsentativer Erhebungen und einzelner Bürgerdialoge mit Interessengruppen besonders deutlich: Der Bürgerdialog der Bundeskanzlerin mit 60 zufällig ausgewählten SOEP-Befragten war sozusagen unspektakulär. Er erbrachte keine überraschenden Befunde und hat mutmaßlich politisch nichts bewegt. Der nachfolgende Bürgerdialog der Kanzlerin hingegen, mit Schülerinnen und Schülern, hat zum Austausch der Kanzlerin mit dem vielzitierten „Flüchtlingsmädchen“ Reem

geführt. Dadurch bekam nicht nur das Schicksal der aus einer palästinensischen Familie stammenden und in Rostock lebenden Schülerin große Aufmerksamkeit, sondern das gesamte Thema „Flucht nach Deutschland“ rückte noch mehr in das Licht der Öffentlichkeit und die bei Vielen vorhandene positive Grundstimmung gegenüber Geflüchteten (vgl. Eisenecker und Schupp 2016) wurde wahrscheinlich verstärkt.

Alle angewandten Methoden machen auch deutlich, dass schwer zu beobachtende Probleme, wie insbesondere der langfristige Klimawandel, aber auch Staatsverschuldung oder zum Beispiel Qualitätsprobleme bei Verbrauchsgütern (wie Lebensmitteln) und Dienstleistungen (zum Beispiel medizinische Behandlungen), für die Mehrheit der Menschen keine Themen von besonderer Wichtigkeit sind. So machen die repräsentativen Ergebnisse besonders deutlich, dass die politisch viel diskutierte Umwelt hinsichtlich ihrer Wichtigkeit für das Leben in Deutschland (Abschnitt 3.2) als auch im Hinblick auf aktuelle Sorgen (Abschnitt 3.1) keine große Rolle spielt, da unmittelbar spürbare Umweltprobleme überwunden sind (Ostdeutschland) und künftige Probleme nicht konkret spürbar sind. Selbst wer die Erwärmung anerkennt, tut wenig für den Klimaschutz (vgl. Hornsey et al. 2016).

Dieses Ergebnis bedeutet, dass für langfristig wichtige, aber zugleich aktuell wenig spürbare Themen bzw. Probleme der unmittelbare „Volkswille“ nicht politisch ausschlaggebend sein kann. Auch Bürgerdialoge stoßen, trotz ihres mehr in die Tiefe gehenden Formats, an Grenzen. Zumal bei einer Vielzahl von Bürgerdialogen, die viele verschiedene Schwerpunkte haben (und damit insgesamt eine in die Nähe von Repräsentativität kommende „Stichprobe“), einzelne Spezialthemen in der Gesamtschau wiederum nur ein geringes Gewicht haben.

Mit anderen Worten: Schwer beobachtbare und nur langfristig wirkende Entwicklungen und Gefahren müssen auch weiterhin vorwiegend dem Diskurs der Fachleute und der politisch denkenden „Avantgarde“ überlassen bleiben (vgl. Tiemann und Wagner 2013a, b). Und am Ende müssen die Parlamente entscheiden.

Auf Basis von modernen repräsentativen Erhebungen und Bürgerdialogen können Parlamente wahrscheinlich etwas besser entscheiden als ohne diese Instrumente der Bürgerbeteiligung. Aber auch bessere Bürgerbeteiligung kann Parlamente nicht ersetzen.

Literatur

- Bergheim, Stefan (2016), Internationale Prozesse zur Förderung von Lebensqualität mit Beteiligung der Bürger, in: Die Bundesregierung (Hg.), *Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats „Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland“*, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, S. 32-43.
- Bundesregierung (2016a), *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland*, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112>.
- Bundesregierung (2016b), *Dokumentation: Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland*, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684>.
- Dullien, Sebastian und Till van Treeck (2012), Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für Indikatoren und Politikberatung, RatSWD Working Paper Nr. 211, Berlin: <http://www.ratswd.de/publikationen/working-papers/2012>.
- Eisnecker, Philipp und Jürgen Schupp (2016), Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, in: *Wochenbericht des DIW Berlin*, 83. Jg., Nr. 8, S. 158-164.
- Enquete-Kommission (2013), Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, *BT-Drucksache 17/13300*, Berlin: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>.
- Jürgen Gerhards, Silke Hans und Jürgen Schupp (2016), Einstellungen der BürgerInnen in Deutschland zur Aufnahme von Geflüchteten, in: *Wochenbericht des DIW Berlin*, 83. Jg., Nr. 21, S. 467-473
- Giesselmann, Marco, Richard Hilmer, Nico A. Siegel und Gert G. Wagner (2013), Alternative Wohlstandsmessung: Neun Indikatoren können das Bruttoinlandsprodukt ergänzen und relativieren, in: *Wochenbericht DIW Berlin*, 80. Jg., Nr. 9, S. 3-12.
- Hornsey, Matthew J., Emily A. Harris, Paul G. Bain und Kelly S. Fielding (2016), Meta-analyses of the determinants and outcomes of belief in climate change, in: *Nature Climate Change*, doi:10.1038/nclimate2943.
- Jochimsen, Beate und Christian Raffer (2014), Wie schafft es die Zahl in die Politik? Indikatorensätze im Spannungsfeld zwischen politisch Gewünschtem und statistisch Machbarem, RatSWD Working Paper Nr.235, Berlin: <http://www.ratswd.de/publikationen/working-papers/2014>.
- Minozzi, William, Michael A. Neblo, Kevin M. Esterling und David M. J. Lazer (2015), Field experiment evidence of substantive, attributional, and behavioral persuasion by members of Congress in online town halls, in: *PNAS*, Vol. 112, Nr. 13, S. 3937-3942.

- Noll, Heinz-Herbert (2016), Zur Geschichte der Sozialindikatorenforschung: Messung, Beobachtung und Analyse der Lebensqualität, in: Die Bundesregierung (Hg.), *Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats „Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland“*, Berlin, S. 8-19
- Priem, Maximilian und Jürgen Schupp (2014): Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Jg. 81, Heft 40, S. 1001-1008.
- Priem, Maximilian, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner (2015), 25 Jahre nach der Wende: Gibt es Unterschiede bei Sorgen und Zufriedenheiten zwischen Ost- und Westdeutschland?, in: *ifo Schnelldienst*, 68. Jg., Nr. 22, S. 8-13.
- Rohrer, Julia M. et al. (2016), What Else Are You Worried About? – Integrating Text Responses into Quantitative Social Sciences, *eingereichtes Manuskript*, Leipzig und Berlin.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013), Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Auszug aus dem Jahresgutachten 2013/14, RatSWD Working Paper Nr. 227, Berlin: <http://www.ratswd.de/publikationen/working-papers/2013>.
- Schmidt, Christoph M. (2016), Die Entwicklung der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland aus Sicht der Ökonomik, in: Die Bundesregierung (Hg.), *Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats „Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland“*, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, S. 18-31.
- Schupp, Jürgen (2015): Forty Years of Social Reporting and Quality of Life Research in Germany – A Look Back and Prospects for the Future. In: G. Trommsdorff, G. & W. R. Assmann (Hg.), *Forschung fördern. Am Beispiel von Lebensqualität im Kulturkontext*, Konstanz und München, S. 107-126.
- Suntum, Ulrich van (2012), Zur Kritik des BIP als Indikator für Wohlstand und Wirtschaftswachstum, RatSWD Working Paper Nr. 208, Berlin: <http://www.ratswd.de/publikationen/working-papers/2012>.
- Tiemann, Heinrich und Gert G. Wagner (2013a), Das politische Management von Wohlstandsindikatoren, *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 1–2, S. 64–67.
- Tiemann, Heinrich und Gert G. Wagner (2013b), Die wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung neu organisieren, *RatSWD Working Paper* Nr. 220, Berlin: http://www.ratswd.de/dl/RatSWD_WP_220.pdf.
- Wagner, Gert G. (2013), W3-Indikatoren sind ein handfestes Ergebnis der »Wohlstands-Enquete«, in: *ifo Schnelldienst*, 66. Jahrgang, Nr. 15, 2013, S. 7-11.
- Wagner, Gert G. (2015), Welche Rolle kann wissenschaftliche Evidenz in der (wissenschaftlichen) Politikberatung sinnvollerweise spielen?, in: P. Weingart und G. G. Wagner (Hg.), *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*, Weilerswist, S. 189-216.
- Wagner, Gert G., Jan Goebel, Peter Krause, Rainer Pischner und Ingo Sieber (2008), Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender), in: *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* Bd. 2, Heft 4, S. 301-328.

Tabelle 1: Relevanz von Lebensbereichen

Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?

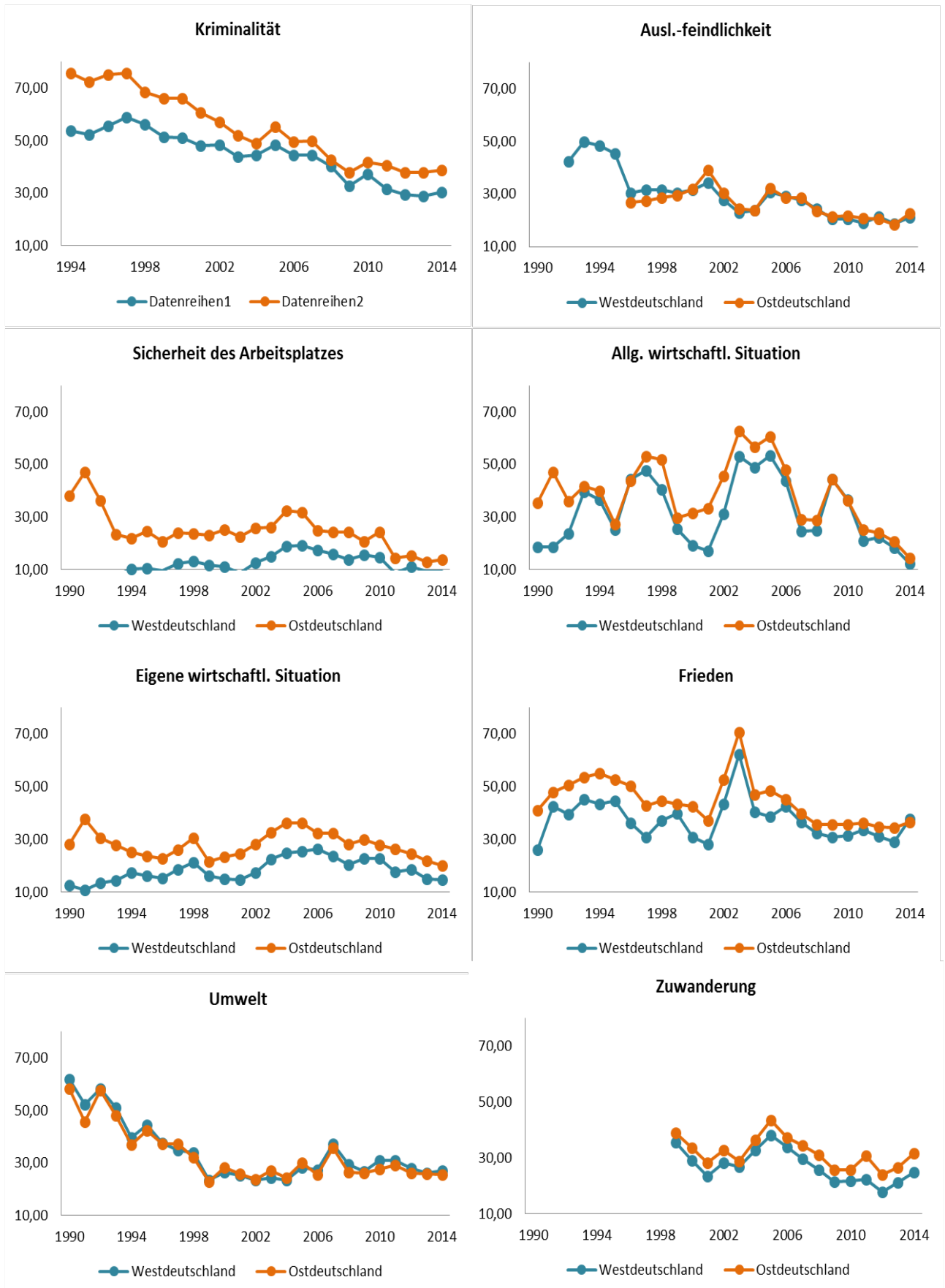
Indikator	Mittelwert	Median
Demokratie und Freiheit erhalten	9,5	10
Genügend Arbeit	9,2	10
Bildungschancen erhöhen	8,5	9
Staatsverschuldung	8,3	9
Treibhausgase reduzieren	8,1	9
Stickstoffüberschuss abbauen	8,1	9
Artenvielfalt erhalten	8,0	9
Einkommensverteilung	8,0	8
Pro-Kopf-Einkommen	7,4	8
Lebenserwartung erhöhen	6,6	7

Verteilung der Antworten (in Prozent)

Indikator	9-10 Punkte		
	0-5 Punkte (nicht so wichtig)	6-8 Punkte (wichtig)	(sehr wichtig)
Demokratie	2	13	85
Arbeit	1	22	75
Bildung	9	33	58
Schulden	16	29	55
Treibhausgas	16	33	51
Stickstoff	14	35	51
Artenvielfalt	15	34	50
Ungleichheit	16	38	46
Einkommen (BIP)	21	47	32
Lebenserwartung	37	36	27

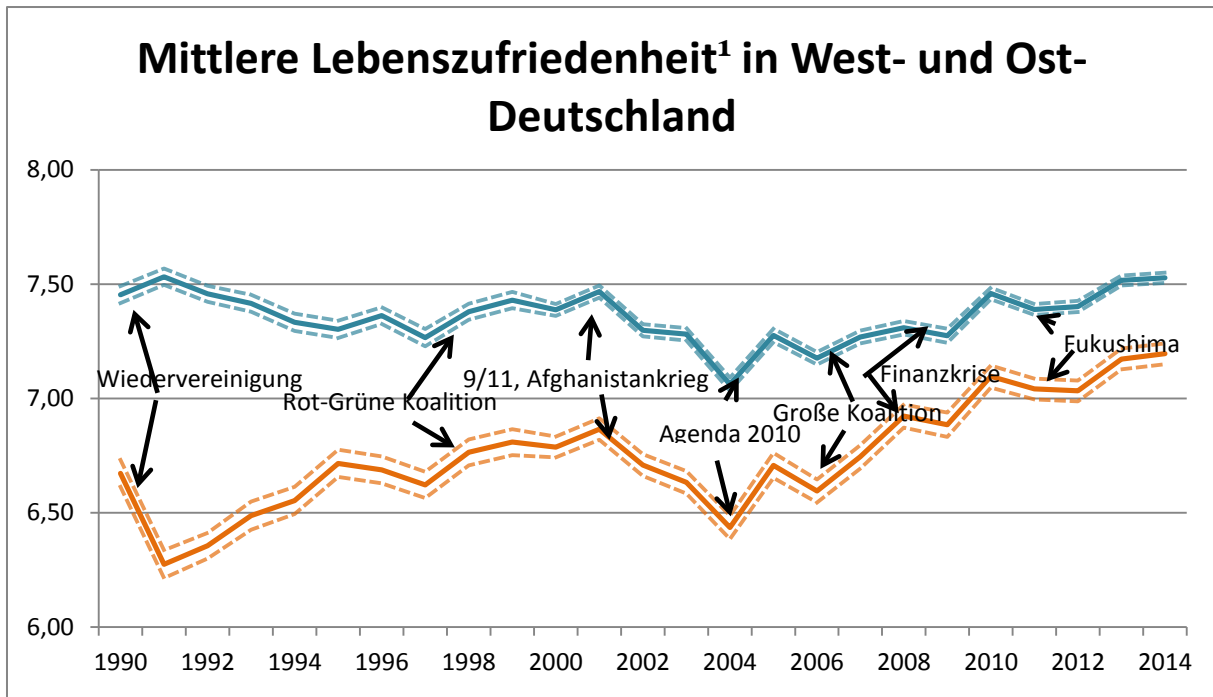
Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1.012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

Abbildung 1: Verlauf der Sorgen in öffentlichen und privaten Bereichen



Quelle: SOEP, eigene Berechnung

Abbildung 2



Quelle: SOEP, eigene Berechnungen, ¹ Um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrigierte Werte.

Abbildung 3



Bürgerdialog der Bundeskanzlerin mit 60 zufällig ausgewählten Befragten des SOEP am 1. Juni 2015 in Berlin

